

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1868**

29.7.1868 (No. 177)

# Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 29. Juli.

N. 177.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr. Einrückungsgebühr: die gepaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1868.

## Amtlicher Theil.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Sich allergnädigst bewogen gefunden unter dem 15. Juli d. J.

dem königlich preussischen Premierlieutenant im 2. Garde-Dräger-Regiment, Freiherrn von Senden, Adjutant beim General-Commando des Gardecorps, das Ritterkreuz 2. Classe, und

unter dem 16. Juli d. J.

dem Oberzollinspektor Kromer zu Leopoldshöhe das Commandeurkreuz 2. Classe

höchsthoches Ordens vom Zähringer Löwen zu verleihen.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 2. Juli d. J.

gnädigst bewogen gefunden: die neu gebildete Central-Schulfondsverwaltung Karlsruhe dem Vorstand der in ihrer bisherigen Gestalt eingetragenen vereinigten evangelischen Stiftungsverwaltung Karlsruhe, Karl Emil Leichtlen, unter Ernennung desselben zum Schulfondsverwalter, zu übertragen;

dem Vorstand der ebenfalls eingetragenen katholischen Central-Stiftungsverwaltung Karlsruhe, Verwalter Friedrich Arenz, die Studien-Fondsverwaltung Rastatt zu übertragen.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 16. Juli d. J.

allergnädigst bewogen gefunden, dem Beiförderer Anton Scherer in Kuppenheimweiler die kleine goldene Verdienstmedaille zu verleihen.

## Nicht-Amtlicher Theil.

### Telegramme.

† **Paris**, 27. Juli. Die Verhandlungen zwischen dem gegenwärtigen Vertreter des Ministeriums des Aeußern, dem Justizminister v. Lindeloff, und dem nordamerikanischen Gesandten Bancroft haben heute auf Grundlage der mit Bayern und Baden jüngst abgeschlossenen Verträge begonnen.

† **Belgrad**, 27. Juli. Heute Nachmittag um 4 1/2 Uhr erfolgte die Publikation des Urtheils im Attentatsprozess. Dierzehn Angeklagte wurden zum Tod verurtheilt, worunter sämtliche Madovanovich nebst Sina und Svetosar Renadovich. Der Fürst Karageorgievich und dessen Sekretär Trifkovich wurden zu 20jähriger Zuchthausstrafe, Philipp Stanovitch zu 20jähriger Schanzarbeit, und Jeremich zu 5jähriger Gefängnisstrafe verurtheilt. Die Vollstreckung der Todesurtheile wird morgen Abend um 6 Uhr erfolgen.

† **Belgrad**, 28. Juli. Die 14 Verurtheilten sind heute Morgen außerhalb der Stadt am Donauufer in Anwesenheit einer großen Menschenmenge und einer zahlreichen Militärmacht erschossen worden. — Kamil-Bey ist mit dem Bestallungsbericht aus Konstantinopel hier eingetroffen.

† **Paris**, 28. Juli. Prinz Napoleon ist diesen Morgen hier eingetroffen. — Der Gesetzgeb. Körper hat gestern das ordentliche und außerordentliche Budget für 1869 genehmigt. Heute wird die Anleihe berathen.

† **London**, 27. Juli. Ein Telegramm der „Daily News“

meldet aus Washington vom 26. Juli: Der Kongress hat dem Präsidenten ein Misstrauensvotum ertheilt und die Befürchtung ausgesprochen, es würden im Süden im November d. J. bei der dann stattfindenden Präsidentenwahl Unruhen ausbrechen. Johnson befehl, aus den in die Union wieder aufgenommenen Südstaaten die Truppen zurückzuziehen.

† **London**, 27. Juli. Abds. In der heutigen Sitzung des Unterhauses kündigte Oway eine Interpellation des Inhalts an, ob Lord Stanley um eine angeblich antipreußische Allianz zwischen Frankreich, Belgien und Holland wisse? Auf eine Interpellation Kingle's erwiderte Lord Stanley, England würde das Anerbieten Mexiko's, den diplomatischen Verkehr mit diesem Staate wiederaufzunehmen, willig berücksichtigen.

### Deutschland.

**Karlsruhe**, 28. Juli. Das heute erschienene Regierungsblatt Nr. 49 enthält (außer Personalnachrichten):

1. Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien. 1) Bekanntmachungen des Großh. Justizministeriums. a) Die Ernennung des Notariatsverwalters Karl Friedrich Dams in Wiesloch zum Notar betreffend. b) Die Bitte des Johann Böhrer von Argenschaffen um Abänderung seines Familiennamens in „Freuschle“ betreffend. c) Die Bitte des Salomon Mayer in Mannheim um Abänderung seines Familiennamens in „Mayer-Dinkel“ betreffend. d) Die Verlegung des Wohnsitzes des Anwalts Mündel von Waldshut nach Lahr betreffend. 2) Bekanntmachungen des Großh. Ministeriums des Innern. a) Die Prüfung über die spezielle theoretische Vorbildung der Postkandidaten für 1868 betreffend. Dieselbe beginnt am 1. Okt. d. J. b) Die Ausgabe von Schulverschreibungen auf den Jubilar durch die Stadtgemeinde Mannheim betreffend. 3) Bekanntmachung des Großh. Handelsministeriums. Die Errichtung von Postexpeditionen betreffend. In den Orten: Eichstetten, Amts Emmendingen, Oberrothweil, Amts Breisach, Muzzingen, Amts Freiburg, und Randegg, Amts Radolfzell, werden Brief- und Fahrpostexpeditionen errichtet. Die drei erstgenannten Stellen werden dem Postamt Freiburg, die letztere dagegen dem Postamt Stockach zugetheilt. 4) Bekanntmachung des Großh. Finanzministeriums. Den Anschließ der österreichischen Gemeinde Jungholz an das bayerische Zoll- und indirekte Steuersystem betreffend.

II. Diensterledigung. Die Stelle des Gerichtsnotars bei dem Amtsgericht Säckingen.

**München**, 27. Juli. (S. B. B.) Der König von Bayern begibt sich am 1. Aug. nach Kissingen zum Besuch der russischen Majestäten. Es wird daran die Vermuthung geknüpft, daß es sich um ein Heirathsprojekt handle. Die Musik des 1. Infanterieregiments ist nach Kissingen beordert.

**Darmstadt**, 27. Juli. Einer hier eingetroffenen Nachricht zufolge wird der Kaiser von Rußland morgen Abend 6 Uhr 40 Minuten in Schweinfurt eintreffen.

**Mainz**, 26. Juli. (Fr. J.) Die Erweiterung der Festung umwallung behufs Ausdehnung der Stadt ist bekanntlich längst beschlossene Sache, und es handelt sich gegenwärtig nur noch um den Preis des der Stadt zu über-

lassenden Festungsterrains und die Kosten der nöthig werdenden Neubauten. Eine Deputation des Gemeinderaths bat den König von Preußen bei dessen letzter Anwesenheit um die Förderung dieser Sache und erhielt eine befriedigende Antwort. Der projektirten Erweiterung der Stadt nach Nordwesten steht im Prinzip durchaus nichts mehr im Wege. Es ist hier das Terrain von den stärksten Positionen der Festung beherrscht. Die Ausdehnung der Festung auf der schwächeren Seite, auf die Höhe im Südwesten, ist ebenfalls längst beschlossen, sogar in den Plänen fertig. Seit den Ereignissen von 1866 ist auch die Befestigung der jenseits am Rhein und Main aufsteigenden Höhen bei Erbenheim und Hochheim in's Auge gefaßt, da von diesen Punkten aus ein großer Theil der Stadt und Festung dem feindlichen Angriff bloßliegt.

**Dresden**, 26. Juli. Im Oktober wird eine von der Regierung ernannte Kommission zusammentreten, um über eine Vorlage an die Kammern zu berathen, welche nach Maßgabe des § 39 der Verfassungsurkunde die Gegenstände der direkten Besteuerung nach möglichst richtigem Verhältniß zur Mitleidenschaft bringen soll.

**Hamburg**, 26. Juli. Der König von Schweden ist heute Vormittag aus Konstanz hier eingetroffen, in Streit's Hotel abgestiegen, und wird heute Abend die Reise über Jütland und die dänischen Inseln nach Schweden fortsetzen.

**Berlin**, 25. Juli. Bekanntlich hat das Zollparlament folgenden Antrag in Betreff des Einpfeunigtarifs angenommen:

Den Bundesrath des Zollvereins zu ersuchen, dahin zu wirken, daß der in Norddeutschland für Kohlen eingeführte Einpfeunigtarif pro Zentner und Meile auf den Transport aller Rohmaterialien und Erzeugnisse der Eisenindustrie, sowie der Schienen und des Stabeisens im Zollvereins-Gebiet ausgedehnt und mit möglicher Befreiung der Nebenkosten (Expeditionsgebühren) auf alle Entfernungen angewendet werde.

Der Ausschuss des Zoll-Bundesraths hat darüber nach dem „Alt. Merk.“ folgenden Bericht erstattet:

Der Ausschuss fand keinen Veranlassung, die im Zollparlament beabsichtigte Kompetenz des letztern zur Fassung jenes Beschlusses zu untersuchen. Er glaubte allein die Frage erörtern zu sollen, welche Stellung der Bundesrath zu dem in dem Beschlusse enthaltenen Antrag einzunehmen habe. Diese Erörterung konnte keinen Zweifel darüber lassen, daß die Regelung der Eisenbahn-Tarife nicht zu den Gegenständen gehöre, über welche der Bundesrath nach den seinen Wirkungskreis bestimmenden Verabredungen im Vertrag vom 8. Juli v. J. Beschlüsse zu fassen hat. Für den Ausschuss blieb daher nur die Frage übrig, ob der Gegenstand des Antrags von der Art sei, daß aus anderen Gründen empfohlen werden könne, darüber zwischen den beteiligten Regierungen im Schoße des Bundesraths zu verhandeln. Der Ausschuss glaubte indessen auch diese Frage verneinen zu müssen. Er verkannte zwar nicht den Einfluß, welchen die Eisenbahn-Frachttarife auf die Konkurrenz sowohl vereinsländischer Erzeugnisse mit ausländischen, als auch der Erzeugnisse der einzelnen Vereinststaaten unter einander auf den vereinsländischen Markt ausüben können. Da jedoch im Lauf der bisherigen Verhandlungen des Bundesraths dieser Einfluß weder als ein Grund für oder gegen Abänderungen des Zollvereins-Tarifs geltend gemacht, noch in anderer Beziehung zum Gegenstand der Erörterung geworden ist, und da im Uebrigen die Regelung der Eisenbahn-Tarife außer Zusammenhang mit dem Geschäftskreis des Bundesraths steht, so beschränkt sich der Ausschuss auf den Antrag: der Bundesrath des

### Nach Spanien.

(Fortsetzung aus Nr. 174.)

Kaum eine Viertelstunde vom Flusse wurden wir auf freier Heerstraße nicht einem Schienenzuge abgelenkt, wo außer einigen Fahrzeugen nichts Anderes erforderlich werden konnte, als Koffer und Luft, ein Pilsultraviolett von einer Bahnstation, wie es sich etwa für Ostindien oder für ein Land mit ewig schönem Himmel, so allenfalls für das Paradies, eignen würde. Erstdere nicht, lieber Reisefolger, über solche mangelhafte Einrichtungen, dieses Vacuum dauert nur so lange, bis die in's Werk gesetzte Eisenbahnbrücke über den Ebro vollendet sein wird. Schutz gegen Regen suchend stiegen wir in den ersten besten Wagen und vertrieben die müßige Zeit in Ermanglung von etwas Besseren mit einem frugalen Male, als endlich auch die Maschine, welche sich wahrscheinlich vorher ebenfalls in irgend einer verfallenen Restauration erquidete hatte, wie in Fülzschubben herangehohlet kam, und sich vorspannend mit der des Abganges harrenden Sippenschaft hüpfend auf und davon ging.

Von jetzt an reisten wir im arabischen Spanien; die Tracht der Landleute dort ist arabisch, die meisten Ortsnamen sind arabisch, die Bauart der Häuser, Sitten, und Gewohnheiten des Volkes, kurz Alles ist eher arabisch denn spanisch. Der Zug passirt Albuona, Binaroz, Benicarlo wegen seines Weines berühmt, Alcala, Venicasin, Castellan eine Stadt mit 20,000 Einwohnern, in deren Umgebung meilenweit in üppigem Boden regelmäßige Plantagen von Johannisbrodbäumen angelegt sind und deren Früchte, statt Hafer, den Pferden als ein geschätztes Nahrungsmittel verfüttert werden, dann Villareal mit seinem achteckigen Minarett, jetzt Kirchthurm, Burriana, Nules, Ghilches, Almenara und Murviedro, das alte Saguntum von dem wir wegen der inzwischen eingebrochenen Dunkelheit keine Spur mehr erblicken konnten. Dieser Landstrich, wie überhaupt der größte Theil der östlichen Küste der Halbinsel, ist sehr bevölkert. Sämmtliche, oben erwähnte

Orte, bei denen die Einwohnerzahl nicht schon angegeben, zählen zwischen 1- bis 2,000 Seelen, welche meistens Ackerbau und Handel treiben. Es wurden noch einige fremdlaudende Stationsnamen ausgerufen, wie Buzol Ruiz und Albuera (Albudejeh) und, als die Letzte und für die Ohren graulich ammateter wolkfingelhafte, Valencia, welcher wir uns in die Arme warfen und, nachdem uns zuvor eine ungeheure Menge Lastträger und Dummh. d. h. Tartanenkutscher die Kleider halb vom Leibe gerissen und mein Begleiter und unwürdiger sein Taschentuch an einen derselben abgegeben, in der fonda del Cid gute Herberge trafen.

Valencia, die Hauptstadt der Provinz gleichen Namens mit rundweg 106,000 Einwohnern, ist eine der originellsten aller spanischen Städte, und ihre absonderliche Beschaffenheit macht nicht allein auf den ausländischen Fremden den eigenthümlichsten Eindruck, sondern ebensoviele auf die anderswo, hauptsächlich in den nördlichen Provinzen, wohnenden Spanier. Dieselbe Race, welche vor länger denn einem Jahrtausend zum Schutze machberechtigt gotthischer Fürsten aus dem nahen Afrika nach Spanien herübergekommen und, selbst erobrerungsfüchtig, während vieler Jahrhunderte sich zu den Herren dieses Landes gemacht, bis sie, von christlichen Eroberern bezwungen, das Symbol ihres Glaubens, den Halbmond, über die Meerenge von Gibraltar wieder zurücktragen mußten, hantiert jetzt noch in dem durcheinander gequirlten Häusergemisch. Ungeachtet dieser Verdrängung herrscht der arabisch-Andalus im Stad- und Landvolk augenfällig vor; in seinen Adern rollt noch heute wie damals das heiße maurische Blut beinahe unvermischt und die hervortretende Stammesverschiedenheit, Originalität und Charakter haben sich, geringfügige Umgestaltungen im äußern Leben und in religiösen Gebräuchen abgerechnet, vollständig in ihm bewahrt. Diese Valencianer Araber sind seitdem christlich-katholisch geworden, sie haben inzwischen der Zeit mancherlei europäische Gebräuche und wohl auch Thorheiten angenommen, jedoch eigentlich nur die Hülle verändert, während ihr Kern gut und rein arabisch geblieben ist. Zahlreiches Damwerk, Schloßer, Thürme, Stadtmauern, zu Kirchen umgeformte Moscheen haben sich dem

jetzigen Geschlecht aus arabischer Zeit, wo das Land in vollster Blüthe stand, überliefert; überall, draußen in der sorgsam bewässerten Ebene und ihren herrlichen Fluren wie in der vollreife Stadt, im Säulenhof wie hinter Schließarten und kleinen Gucklöchern vermuthet man heute noch den Sarazenen. Ja dieses Volk paßt in unsere Tagen, obwohl es sehr große Ansprüche auf Katholizität und europäische Kultur macht, gerade ebenso zu seinen stammesverwandten Afrikanern, wie die Elshäher zu uns Deutschen.

Alle Städte und die mehr in regen Verkehr gezogenen Landbewohner kleiden sich nach französisch-englischen alt- oder neumodischen Muster, und wie überall in Spanien haben auch die Valencianerinnen die frühere Landstracht ganz verlassen und tragen sich in den geschmacklos zugeschnittenen, den Körper verunzierenden Fahnen. Dagegen ist beim valencianischen Bauern ein Kostüm von der nämlichen Färbung wahrnehmbar, wie bei seinen Vorfahren, als sie auf spanischem Gebiet eingebungen und wie man es noch häufig jetzt bei orientalischen Stämmen antrifft. Den kräftigen, etwas unterlegten Körper von dunkler Hautfarbe umgibt ein weißes weites Hemd, welches von unten herauf mit einer Naht versehen eine bis an's Knie reichende Pumphose bildet. Um die Lenden wendet er eine rote Binde ähnlich wie der Katalane, wodurch es den Anschein hat, als befänden Hemd und Hose aus zwei besonderen Theilen. Der kurzgeschorene, mit pechschwarzen Haaren bedeckte Kopf, in dem funkenprühende Augen in ihren Höhlen lebhaft hin und her rollen, ist mit einem farbigen, rothen blauen oder violetten Tuche turbanartig umwickelt. Die Füße stecken in kurzen Strümpfen welche bis zur halben Knöchelhöhe reichen, an denen aber der Vorderfuß fehlt, und als Beschützung dient die Alpagata, eine aus Espartagrast geflochtene Sohle zusammengeknüpft und vorn mit einer Kappe für den großen Zehen versehenen Sandale, die mit Riemen oder Bändern kreuzweise am Fuße herauf befestigt ist. Will der so hergerichtete Mann bessere Toilette machen, so zieht er noch einen blauen oder grünen, ärmellosen Spenser an, sehr über das Kopfstuch einen sammetenen Gut

Zollvereins wolle seinen Vorsitzenden ersuchen, den Beschluß des Zollparlamentes zur Kenntnis der Kontrahenten des Vertrags vom 8. Juli d. J. zu bringen.

**Berlin, 27. Juli.** Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bringt heute an ihrer Spitze folgenden Artikel über Lamarmora und die Ulfedom'sche Note:

Die Verhandlungen des italienischen Abgeordnetenhauses vom 21. Juli stellen es außer allen Zweifel, daß nicht die Ehrenrettung der italienischen Armee, deren es nach keiner Seite bedurfte, Zweck der Lamarmora'schen Interpellation war, sondern daß es sich um einen feindseligen Akt gegen Preußen handelte, welchem die gehässigsten persönlichen und politischen Motive zu Grunde lagen. Zu diesem Akt mißbrauchte General Lamarmora seine frühere Stellung als Ministerpräsident, indem er die preussische Note vom 17. Juni 1866, in deren Alleinbesitz er sich damals auf unrechtmäßige Weise gesetzt hatte, nun eben so unrechtmäßig der Öffentlichkeit preisgab.

Es entspricht der Logik, welche herkömmlich nicht bloß unter befreundeten Staaten, sondern allgemein beobachtet wird, daß selbst die Staatsminister in berechtigter Funktion zur Publikation von geheimen diplomatischen Aktenstücken nicht ohne vorheriges Einverständnis derjenigen Regierung schreiten, von welcher diese Aktenstücke herühren. Wir brauchen daher nicht erst darauf hinzuweisen, daß General Lamarmora durch den Vertrauensbruch seinem eigenen Vaterland einen schlimmen Dienst erwies und kein günstiges Licht auf seine frühere Verwaltung warf. Hervorragende Organe der italienischen Presse („Dritto“, „Riforma“, „Razione“ u. a. m.) sprechen sich auch bereits in diesem Sinne über die Handlungsweise des Generals aus.

Was nun Form und Inhalt der Note vom 17. Juni 1866 betrifft, welche beide dazu dienen sollen, in Italien und diesseits der Alpen durch Rückblicke auf die Vergangenheit Erörterung gegen Preußen zu erregen, so wird vom unbefangenen Urtheil der verhängnisvolle Moment in Rechnung gezogen werden, in welchem das Aktenstück entstand, und man wird damit bald zu andern Schlüssen kommen, wie sie die Parteileidenschaft zu distilliren pflegt.

Die Note sagt unverkennbar im Drang des entscheidenden Augenblicks der Kriegserklärung diejenigen Erörterungen, welche über die Operationspläne zwischen den preussischen Militärbevollmächtigten und den Vertrauenspersonen des italienischen Kabinetes in Florenz stattgefunden, mit der bestimmten Absicht zusammen, um sie in der Gesamtheit durch Vermittlung des Ministerpräsidenten Lamarmora dem Kabinete zu unterbreiten.

Diese Mittheilung ist der offenbare Zweck der Note, sonst hätte sich der Gesandte für eine so überaus wichtige geheime Mittheilung schwerlich dieser Form bedient. General Lamarmora verheimlichte die Erreichung dieses Zweckes und den beabsichtigten Einfluß auf den, wie er selbst sagt, damals schon in einer andern Richtung festgestellten italienischen Operationsplan einfach dadurch, daß er sich, nach eigenem Bekenntnis, der Note für seine Person bemächtigte, sie seinen Kollegen vorenthielt und der verbündeten Macht nicht darauf antwortete. Jetzt, nach zwei Jahren, erklärt er als Privatperson in der Kammer dieses veruntreute Aktenstück als non avenu, indem er es gleichzeitig veröffentlicht! Eine solche Handlungsweise verurtheilt sich selbst.

Für wie dringlich und notwendig der preussische Gesandte in Florenz die Uebergabe dieser Note an das italienische Kabinete in jenem kritischen Moment gehalten hat, ergibt sich aus dem Umstand, daß er es nicht rathlich gefunden, zuvor die Autorisation zu diesem Schritt und die Genehmigung des Aktenstückes bei seiner Regierung einzuholen.

Die Note gelangte erst zehn Tage nach ihrer Uebergabe zur Kenntnis der preussischen Regierung, in einem Zeitpunkt (27. Juni), wo die Kriegserklärungen im vollen Gang waren und man in Berlin unter dem Eindruck der ersten wichtigen Ereignisse auf den verschiedenen Kriegstheatern stand (die Schlacht von Custozza war in Folge des Lamarmora'schen Kriegsplanes ebenfalls schon geschlagen) und die dem Florentiner Kabinete entwickelten Pläne preussischer Seite auf allen Punkten in Verwirklichung traten.

Das war nicht der Augenblick, um den „Ton“ der Note vom 17. Juni, dessen sich der General Lamarmora jetzt bedienen will, um Preußen im Gegensatz zu Italiens früherem Allirten im Krim-Kriege des Hochmuths zu beschuldigen, einer Kritik oder Refutation zu unterwerfen.

Kein Unbefangener wird dies verkennen, eben so wenig, wie er jetzt eine Rechtfertigung dafür verlangen wird, daß Preußen in dem Akte mit allerlei Gesunkter und hüllt sich in die Capa, einen buntgezeichneten Teppich, der, aus einer umgeschlagenen Ecke die Kapuze bildend, denselben Dienst versteht, wie dem Krader der Burnuß. In Katalonien schilberte man uns die Valencianer Bauern als wild, trüg und schlecht beleumdet. Wir, die wir sogar geschäftlich mit einigen zu thun hatten, konnten von diesen widerwärtigen Eigenschaften keine, sondern im Gegentheil nur günstige wahrnehmen; es waren ganz ordentliche, manierliche und gefällige Leute. Allerdings mag ihr feuriger unheimlicher Blick viel zu diesem schlechten Renommée beitragen und ich glaube auch, daß sie in Sachen der Liebe nicht leicht Spaß verstehen und unter solchen Umständen nicht gut mit ihnen Kirchen essen ist.

(Fortsetzung folgt.)

## Von Frankfurt hören wir, daß der Cäcilienverein, einer der ältesten Gesangsvereine Deutschlands, im Herbst d. J. sein 50jähriges Jubiläum feiern wird. Am 8. Oktober 1818 hatte die erste Aufführung statt, die Gründung geschah jedoch am 24. Juli genannten Jahres. Die Veranstaltung hiezu gab eine kleine Zahl befähigter Schüler und Schülerinnen des Gesangs, mit welchen Schelle in geselligen Kreisen zuweilen ein- oder mehrstimmige Gesangstücke zur Aufführung brachte. Als Hauptleitfaden diente dem neugegründeten Institut der Grundriss: Meisterwerk für Gesang aller Gattungen und Zeiten mit Sorgfalt einzustudiren und in möglichst künstlerischer Vollendung auch öffentlich vorzutragen. Der seitdem berühmt gewordene Verein ist während seines halbhundertjährigen Bestehens diesem Programm getreu geblieben im Sinn seines Gründers und des nachmaligen Stellvertreters Mendelssohn-Bartholdy, welcher, während Schelle seiner lebenden Gedächtnis wegen in der Nähe seiner Vaterstadt Hüfingen verweilte, die Direktion übernommen hatte.

— München, 27. Juli. Professor Dr. v. Böhl, Präsident der Zweiten Kammer, ist zum nächstjährigen Rektor der Universität München gewählt worden.

senkamps, den es um seine Existenz und damit zugleich um die Zukunft des größten Theils von Deutschland kämpfte, alle Waffen in Bewegung setzen mußte, die zu seiner Rettung und zur Erreichung seiner nationalen Ziele führen konnten. Was es den Mitteln, welche General Lamarmora anwandte, gelungen sein, die beabsichtigte Aufregung gegen Preußen nach zwei Seiten hin ins Leben zu rufen, auf die Dauer wird das richtige Urtheil, welches sich jetzt schon Bahn bricht, allgemein die Oberhand behalten und auch jene Mittel gebührend würdigen.

○ Berlin, 27. Juli. Französische Blätter beschäftigen sich neuerdings angelegentlich mit der vor einigen Wochen aufgetauchten Idee wegen einer Jolleinigung und eines politischen Bündnisses zwischen Frankreich, Belgien und Holland. In hiesigen politischen Kreisen wird dieser Erörterungen nicht mehr sachliche Grundlage beigemessen, als den früheren Auslassungen belgischer Blätter. Wiederholt versichert man hier, es hätten zwischen den erwähnten Kabinetten keine Unterhandlungen über eine solche Verbindung stattgefunden; das ganze Gerücht entspreche der positiven Auhaltspunkte. Ein vom Parteigeist wieder angeregter nationaler Lieblingsgedanke sei von der französischen Presse aufgegriffen worden, um in dieser dürren Zeit der öffentlichen Meinung in Frankreich eine angenehme, ihren Neigungen schmeichelnde Unterhaltung zu verschaffen. Auch hüten sich die meisten französischen Blätter sehr weislich vor der Behauptung: das von ihnen gefeierte Bündniß sei ernstlich im Werke und bilde den Gegenstand offizieller Besprechungen.

Wie aus Ems gemeldet wird, fährt Sr. Maj. der König in regelmäßiger Weise fort, neben dem Kurgebrauch Vorträge entgegenzunehmen und Audienzen zu erteilen. Heute den 27. Juli gedachte Höchstersele Ihrer Maj. der Königin in Koblenz einen Besuch abzustatten. Wahrscheinlich wird Höchstersele auch den Aufführungen des Gesangfestes beiwohnen, welches heute und morgen von den rheinischen Sängervereinen in Koblenz veranstaltet wird. — Der diesseitige Gesandte bei der osmanischen Hofe, Graf Brassier de St. Simon, welcher vor einigen Wochen in Urlaub aus Konstantinopel hier ankam, ist vorgestern nach Ems abgereist.

Die Verhandlungen des Zoll-Bundesraths über den Eintritt der beiden Großherzogthümer Mecklenburg in den Zollverein sind nunmehr beendet. Von den betreffenden Bundesraths-Ausschüssen und von mecklenburgischen Bevollmächtigten wurde eine Verständigung herbeigeführt, auf Grund deren an einem noch zu bestimmenden Tag in beiden Großherzogthümern veröffentlicht werden sollen: 1) eine Verordnung wegen Einführung der auf das Zoll- und Handelswesen bezüglichen Gesetzgebung des Norddeutschen Bundes; 2) eine Verordnung über die Nachversteuerung der in jedem dieser Länder vorhandenen ausländischen Waaren. Letztere Verordnung wird gesondert auch in dem zu Mecklenburg-Strelitz gehörigen Fürstenthum Rügenburg publizirt. Zugleich mit diesen Verordnungen tritt die Zollverwaltung in Wirksamkeit, und zwar unter Leitung einer Kommission, welche aus Bevollmächtigten Preußens, Sachsens, Bayerns und der beiden Mecklenburger besteht. Von dieser Zollzusammenfassung wird eine Nachversteuerungskommission gebildet. Der Ertrag der Nachsteuer soll nach Abzug der Erhebungskosten zwischen den bisherigen Zollvereins-Staaten und den beiden Großherzogthümern vertheilt werden. Nach Durchführung der Zollorganisation wird zwischen den Vereinsstaaten und diesen Ländern der gegenseitige freie Verkehr auch in allen den Artikeln eintreten, welche in dem Nachsteuerarif nicht vorgezeichnet sind.

### Rumänien.

Bukarest, 25. Juli. Der Minister Bratianu wird zu Giurgewo sofort die strengste Unternehmung einleiten und zur Verhinderung jeder revolutionären Bewegung die kräftigsten Maßregeln ergreifen. Die Regierung hat bereits einen höhern Offizier nach Giurgewo geschickt und die Dorobanzen aus zwei Distrikten zusammenberufen. Eine Kompagnie Infanterie ist nach Giurgewo, zwei Eskadronen Kavallerie sind nach Alexandria und zwei nach Jimniza, den Centren der bulgarischen Bevölkerung, abgegangen. Außerdem wurden die Grenzwachposten verdoppelt, Patrouillen organisiert und bulgarische Versammlungen verboten. Niemand kann die Donau ohne die strengste Kontrolle passieren. Die richterliche Untersuchung hat ergeben, daß 150 Bulgaren, die sich in den Wäldern und Sümpfen bei Pietrochani verborgen gehalten, am 18. auf das türkische Ufer hinübergewandert sind. Die Versuchorenen hatten gehofft, aus der durch die rumänischen Wahlen hervorgerufenen Stimmung und daraus, daß das türkische Donauufer in Folge der Truppenkonzentration an der serbischen Grenze von Truppen entblößt war, Vortheil zu ziehen. Die rumänische Regierung fühlt sich stark genug, die Bildung von Insurgentenbänden in Rumänien zu verhindern.

### Italien.

\* Florenz, 25. Juli. Die „Italia“ meldet, daß die Labakonvention trotz aller gegenseitigen Versicherungen noch nicht unterzeichnet worden ist. Doch lasse Alles auf einen sofortigen Abschluß dieser Angelegenheit schließen.

Mailand, 24. Juli. (Schw. M.) Lamarmora hat nun doch seine Interpellation, welche man verschoben, ja sogar aufgehoben hielt, vom Stapel laufen lassen. Presse und Publikum sind darüber einig, daß es besser gewesen wäre, wenn der General die Sache hätte ruhen lassen; er hat, wie man zu sagen pflegt, in ein Wespennest gestochen, und auch die Broschüre „Lamarmora und die Schlacht von Custozza“ rührt nur die Erinnerung an den unglücklichen 24. Juni 1866 wieder auf. Schon hat der Generalleutnant Sirtori, welcher damals eine Division kommandirte, in der „Opinione“ einen Brief veröffentlicht, worin er auf's entschiedenste die Angriffe bekämpft, welche in jener Schrift auf seine und seiner Truppen Ehre gemacht werden, und durch Thatfachen die ihm zur Last gelegten Fehler widerlegt. Lamarmora, früher ein begeisterter Anhänger Preußens, verbirgt unter seiner Interpellation seinen Groll über den Bericht des preussischen Generalstabs schlecht. Er sagt, die Ehre des italienischen Heeres sei angegriffen wor-

den; allein man ist in Italien zu sehr davon überzeugt, daß die Niederlage von Custozza nicht Schuld der Soldaten war; man weiß recht gut, wem dieselbe zuschreiben ist. Die Sympathien des italienischen Volks für Preußen haben durch diesen Zwischenfall nicht abgenommen, und Viele wollen den Schritt Lamarmora's als eine Eingebung von der Seine her betrachten, weil man weiß, daß der General mehr denn je für den Verbündeten von 1859 schwärme.

Venedig, 24. Juli. Dieser Tage haben in Venedig wiederholt tumultuarische Szenen stattgefunden; einem Bericht der „N. Fr. Pr.“ darüber entnehmen wir Folgendes: Der seit lange gährenden Unzufriedenheit galt der höchst unpopuläre Präsekt Torello als nächster Zielpunkt. Schon am 21. Abends drang eine Volksmenge in ein Kaffeehaus am Markusplatz, richtete dort Verwüstungen an, und gab in wilder Weise ihrer Unzufriedenheit Ausbruch. Nachdem Torello nicht im Kaffeehause anwesend war, drängte die Menge nach dem in einer engen Gasse liegenden Pallast des Präsekten. Garabinieri besetzten die Zugänge zu dem Gebäude, und da aus dem Volk Einzelne ihre Pistolen zogen, wurden Verhaftungen vorgenommen. Hierauf zog sich das Volk zurück, verlangte die Freilassung der Gefangenen. Die Unruhen wiederholten sich am folgenden Abend (22. Juli). Nachts gegen 10 Uhr, wo am Markusplatz die Musik spielte, drang viel Volk — darunter das meiste den niederen Schichten angehörig — herzu. Gegen 11 Uhr wurden die Zusammenrottungen allgemein; dichte Menschenmännel bildeten sich unter besonders drohenden Geberden, und endlich zog die Menge gegen den Munizipalpallast. Es schien verabredet, es nicht auf Thätlichkeiten ankommen zu lassen; desto heftiger waren die Ausbrüche und Demonstrationen gegen die Regierung, die Behörden und Reich der Stadt. Starke Patrouillen der Nationalgarde zogen durch die Straßen und die wichtigsten Punkte derselben wurden militärisch besetzt. Das Volk zog sich vor den Bewaffneten immer wieder mit Hohnrufen zurück, und nur so wurde ein Zusammenstoß vermieden. Die Ursachen der Unzufriedenheit finden ihre Begründung in der beispiellosen Verarmung des Volkes, welches betheuert, daß es nicht eher ruhen werde, bis etwas für das Volk geschehen ist. Unter diesen Umständen ist es namentlich für die Nobilität in Venedig nicht geneher, gegen die der Haß zumeist gerichtet scheint.

\* Rom, 24. Juli. Nach den neuesten statistischen Aufnahmen beläuft sich die Bevölkerung der ewigen Stadt auf 217,378 Seelen, mithin 30,000 mehr als im Jahr 1858. Die Gesamtbevölkerung des noch zum Kirchenstaat gehörigen Gebiets beträgt nicht über 720,000 Seelen. Zu den 217,378 Seelen der ewigen Stadt gehören 29 Kardinäle, 28 Patriarchen, Erzbischöfe und Bischöfe, 1372 Prälaten und Priester, 799 Seminaristen, 2947 Mönche und 2191 Nonnen. Außerdem 2394 Juden und 2208 Jüdinnen und 488 Häretiker und Schismatiker, welche die russische, preussische, englische und amerikanische Kapelle besuchen. Nach der von den 54 Pfarzgeistlichen aufgenommenen Statistik genießen 14,057 Kinder männlichen und 11,860 weiblichen Geschlechts den Schulunterricht in seinen verschiedenartigen Abstufungen. — Die Bildung eines amerikanischen Bataillons scheint ausgehen zu sein. Man wird diesen Plan lassen weniger des Verbots wegen, das von Seite der Unionsregierung gegen etwaige Anwerbungen ergehen könnte, als weil man die hiezu erforderlichen und geeigneten 1000 jungen Leute nicht so leicht zusammenbringen zu können glaubt. — Jusuf Karam, der sich gegenwärtig in Rom befindet, hat dieser Tage das Lager der päpstl. Truppen besucht. König Franz II. von Neapel war bereits zweimal dort, das letzte Mal in Begleitung des Oberleutnants v. Charette. Der König hat einige Schüsse aus einem Remington-Gewehr abgefeuert.

Rom, 26. Juli. (S. W. B.) Die Polizei entdeckte den Anfang einer Mine, welche bestimmt war, die Festungswerke des Aventin zu sprengen. Zwei Schildwachen wurden merkwürdig verwundet. Die Polizei hat auf eine Anzahl tother und schwarzer Hemden Beschlag gelegt und die Konfessionen aller Leinwandwaren-Handlungen der römischen Campagna widerrufen.

### Frankreich.

Paris, 26. Juli. Sitzung des Gesetzgeb. Körpers vom 25. Juli.

In der gestrigen Sitzung wurde endlich die Frage der mexikanischen Obligationen entschieden. Die Kammer votirte die 4 Millionen Fr. Rente, welche die Kommission für die Befreiung derselben verlangt hatte. Die Franzosen, welche Entschädigungen von Mexiko zu erhalten haben, bekommen 13 Millionen, und einige 20 Millionen mehr, wenn die Regierung Pinard, den Direktor des Comptoir d'Escompte, und die übrigen Bankiers zwingt, den Betrag, den sie in Betreff des Verkaufs der mexikanischen Gläubigern zugesprochenen Obligationen abgesehen hat, in Ausführung zu bringen. Der Abstimmung ging eine längere Diskussion vorher.

Der Regierungskommissar Dr. Coussard wies nach, daß die Regierung durchaus nicht ihren Vorschlag auf ein den Inhabern der mexikanischen Obligationen zustehendes Recht begründe. Es sei also nur eine Maßregel des Wohlwollens im Hinblick auf die Interessen der Inhaber, welche die Regierung beabsichtige. Die Kommission habe sich sehr energisch darüber ausgesprochen, daß von keinem Recht hier die Rede sei. Es sei ferner ein Irrthum, wenn man behauptet habe, die Obligationen hätten geblieben, mit der französischen Regierung zu unterhandeln. Sie hätten freilich Hoffnungen bezüglich des neuen Kaiserreichs haben können, Hoffnungen, die damals auch von der Regierung und der Kammer getheilt wurden; aber sie konnten nicht glauben, daß sie mit der französischen Regierung unterhandeln. Die Regierung meint, daß die Lage der Obligationenhaber ihre Sympathie verdient; daß, wenn einige unter ihnen in der mexikanischen Anleihe nur ein Mittel zur Spekulation gesehen haben, die große Mehrzahl die Bewohner des staden Landes und der Provinz sind von Hoffnungen haben hinreichend lassen, die zu jener Zeit allgemein waren.

Julcs Favre, der darauf das Wort erhielt, meinte, die Kammer dürfe sich nicht zu solchen Humanitätsgefühlen hinreissen lassen gegen Leiden, die weder die öffentliche Ordnung noch die Sicherheit des Staates berühren. Er werde beweisen, daß Frankreich weder gefällig

noch moralisch diese Entschädigung den Inhabern der mexikanischen Obligationen zugesprochen könne. Frankreich sei entweder moralisch oder gesetzlich — er mache keinen Unterschied, wie es einige Leute zu thun scheinen — verpflichtet, oder es sei in keine Verpflichtung eingegangen. In ersterem Fall müsse es Alles zahlen und nicht nur seinen Gläubigern eine einfache Dividende liefern; im zweiten Fall müsse es nichts zahlen. Sodann gab Jules Favre zur Begründung seiner Ansichten einen vollständigen Ueberblick über die ganze mexikanische Expedition und ihre Ursachen, welche er bis zum Jahr 1859 zurück verfolgte. Im Jahr 1861 seien die Beschwerden der französischen Landbesitzer in Mexiko nur ein Vorwand zu dem Krieg gewesen, dessen wahrer Zweck war, auf den Trümmern der Republik eine monarchische Regierung zu errichten. Zu Anfang des Kriegs bestanden sich die Forderungen der Franzosen nur auf eine Million. Zur Ehre der Führer der Regierung will Favre nicht verhehlen, daß der damalige Plan der Errichtung eines lateinischen Reiches jenseits des Ozeans wirklich etwas Grobhartiges an sich trug. Er werfe aber der Regierung, und namentlich dem Staatsminister, vor, daß man in geschickter Weise, aber mit vollkommener Kenntniß der Mißlichkeit der Lage, das Publikum über seine Interessen getäuscht habe.

Der Staatsminister Rouher ergriff darauf das Wort, um den ihm von Favre gemachten Vorwurf, er sei unwahr gewesen, abzuwehren. Er behauptet, daß das Auftreten der Regierung nichts Geheimnis gehabt habe, daß Alles aufrichtig gewesen sei. Unglücksfälle, Missionen, das gehe ich zu; aber eine Abwesenheit der Redlichkeit, das läugne ich entschieden.

Schließlich wurden die Artikel 29 und 30 angenommen und die Verhandlungen über die Zusatzartikel für die Diskussion zum Montag verspart.

**Paris, 27. Juli.** Sitzung des Gesetzgeb. Körpers vom 27. Juli.

In der heutigen Sitzung zeigte Pelletan seine Absicht an, die Regierung über die vorgelegte Aufhebung der Nachwahl und Einführung der relativen Majorität der Stimmen, als in der ersten Wahl entscheidend, zu interpellieren. Staatsminister Rouher erklärt, alle hierauf bezüglichen Gerüchte seien unbegründet; man beabsichtige keine Veränderung mit dem Wahlgesetz vorzunehmen. Hr. Dumiral reicht seinen Bericht über den Vertrag zwischen der Stadt Paris und dem Credit foncier ein. — Der Gesetzentwurf, welcher den Art. 1781 des Code Napoleon (Bevorrechtigung in streitigen Interessen) ragen der Arbeitgeber, vor den Arbeitnehmern) abschafft, kommt an die Tagesordnung und wird einstimmig angenommen. — Garnier Pagès verlangt bei Fortsetzung der Budgetdiskussion, daß über das Vorhandensein und den Werth des Materials des Kriegs- und des Marineministeriums eine genaue Enquête angestellt werden solle. Marschall Niel widerlegt sich dem erstlich. Von Seiten der Inspektoren würden täglich Enquêtes veranstaltet. Der Werth des alten Materials lasse sich nicht gut abschätzen, und das Vorhandensein des neuen Materials, das 3 B. wie die Kartätschenartillerie in Geheimniß gehalten sei, könne ohne große Uebelsünde nicht in der Öffentlichkeit nachgewiesen werden. Das Amendement wird bestritten.

**Paris, 27. Juli.** Der „Moniteur“ beschäftigt sich in einem eigenen Artikel mit dem neuen transatlantischen Kabel, das von Brest nach New-York gelegt werden soll. (S. Verm. Nachr.) Die Handelsbewegung, die zwischen Europa und Amerika besteht, soll einen Werth von 15 Millionen Fr. täglich darstellen. Ueber 2000 Städte unterhalten mit Amerika regelmäßige Korrespondenz. Der ursprüngliche Preis eines transatlantischen Telegramms betrug 20 Pfd. St. und seit einem Jahre, wo dieser Preis auf die Hälfte, 10 Pfd. St., herabgesetzt wurde, hat sich die Zahl der Telegramme verdreifacht. Die Amerikaner studiren bereits die Idee eines durch das Stille Weltmeer zu legenden Kabels, und Benoit-Champy, der Verfasser des Artikels, sieht bereits in nicht allzu weiter Ferne den Zeitpunkt voraus, wo der französische Handel jeden Morgen den Kurs der Seide von Schanghai, des Goldes von San-Francisco, und der Baumwolle von New-Orleans erfahren wird.

Der „Constitutionnel“ schreibt: „Es ist durchaus falsch, daß die Regierung jemals den Gedanken gehabt hat, das System der Nachwahl abzuschaffen. Ein solches Vorhaben ließe voraussetzen, daß die Regierung aus Mangel an Vertrauen in die Gesinnung der Bevölkerung durch künstliche Kombinationen den Folgen des allgemeinen Stimmrechts aus dem Weg zu gehen sucht. Dies ist aber eine Einbildung, die nur bei einer von dem Gefühl ihrer Ohnmacht durchdrungenen Opposition entstehen kann.“ — In einem andern Artikel sagt der „Constitutionnel“: „Es sei gegenüber der rumänischen Regierung keine Nachsicht mehr erlaubt. Man werde sehen, ob die Energie ihrer Unterdrückungsmaßregeln gegen die revolutionäre Partei die Aufrichtigkeit ihrer Versicherungen zu Gunsten der Ordnung und der Verträge besitzigen werde.“ — Die „Patrie“ sagt: Die auführerischen Bulgaren seien im Besitz der besten Hilfsmittel, welche ihnen von Seiten russischer Agenten zutämen. Das Blatt rath den Rumänen zu energischen Kundgebungen, welche die Mächte, insbesondere Frankreich, mit Freuden begrüßen würden.

Wie die „Patrie“ meldet, soll das Staatsanlehen in der ersten Hälfte des August ausgegeben werden. — Die Kommission hat ein neues Amendement eingebracht, welches den Betrag des von der Regierung auf 440 Mill. angeschlagenen Anlehens auf 429, und nicht, wie die Kommission anfänglich gewollt, auf 411 Mill. festsetzt. Die Regierung ist mit dieser neuen Veränderung einverstanden.

Die „France“ bringt heute einen Artikel über die Note des Hrn. v. Ujedo. Sie meint, Italien habe nicht ganz Unrecht, wenn es sich über die Haltung Preußens beschwere. Es handle sich um einen Akt der Gerechtigkeit; die Italiener hätten den schwierigeren Theil der Aufgabe zu erfüllen gehabt (?), und wenn sie auch keinen Erfolg errangen, so hätten sie doch die geeignete Wirkung erzielt. Der von Preußen vorgeschlagene Plan hätte Italien nicht zum Allirten, sondern zum Werkzeug Preußens gemacht. (1) Italien habe Alles erfüllt, was man, kraft der von Anbeginn eingegangenen Verpflichtung, preussischer Seite von ihm zu fordern berechtigt gewesen.

In der diplomatischen Welt beschäftigt man sich sehr, wie das „Journ. de Paris“ bemerkt, mit den häufigen Unterredungen, welche Marq. v. Moustier in neuester Zeit mit Lord

Lyons hat. — Rente 70.02 1/2, Cred. mob. 258.75, ital. Anl. 53.35.

### Portugal.

\* Wie das „Jornal do Commercio“ meldet, wohnen und schlafen der Herzog und die Herzogin von Montpensier immer noch an Bord des Schiffes, das sie nach Lissabon gebracht hat. Der König Dom Luiz hat ihnen an Bord einen Besuch abgestattet, der von dem Herzog von Montpensier noch am demselben Abend erwidert wurde. Er hat auch mit seiner Gemahlin der Herzogin von Braganza und dem spanischen Gesandten einen Besuch gemacht. Am 20. haben sie einer Opernvorstellung beigewohnt und am folgenden Tag das Marinearsenal in Augenschein genommen.

**Lissabon, 26. Juli.** (S. W. B.) Wie die Zeitungen berichten, landete auf Befehl des Gouverneurs von Sierra Leone die bewaffnete englische Mannschaft des Kanonenbootes „Pandora“ in Guinea (Afrika), wo sie die portugiesische Flotte niederhieb und an deren Stelle die englische aufpflanzte. Die portugiesische Wache wurde gefangen genommen. Es verlautet, daß zwei Kriegsschiffe rüsten, um an die afrikanische Küste zu gehen.

### Belgien.

**Brüssel, 26. Juli.** (Fr. J.) Der Prinz Humbert und seine Gemahlin haben heute Brüssel verlassen, nachdem sie gestern Abend den Thee im Schloß zu Laeken genommen und sich von der königl. Familie verabschiedet hatten. — Der Herzog von Koburg und Gemahlin sind hier eingetroffen. Man erwartet ebenfalls die Königin von England. — Die Königin geht nächsten Dienstag mit ihren Kindern nach Spa. Die Gesundheit des Kronprinzen läßt stets viel zu wünschen übrig. — Hr. Adilon Delimal, Hauptredakteur des „Espégle“, und Hr. Ottovar, Direktor der „Egale“, sind vom Appellhof dem Gesandnengericht von Brabant überwiesen worden unter der Anklage, durch Veröffentlichung des Felix Wat'chen revolutionären Manifestes das Gesetz verletzt zu haben, das auswärtige Fürsten gegen Beleidigungen und Verleumdungen schützt.

### Rußland und Polen.

**St. Petersburg, 22. Juli.** Der Kaiser hat durch Ulas an den dirigirenden Senat, nach erfolgter Revision der bisherige Rekrutenordnung, ein neues Reglement überandt, demzufolge an Stelle des bisher obligatorischen Kriegsdienstes eine Stellvertretung oder vielmehr Ablösung desselben gegen eine Rente an die Staatskasse von 570 Rubel eintreten darf. Versuchsweise ist das neue Gesetz auf die Dauer von den nächsten fünf Jahren einzuführen.

Das Ministerium des Inneren hat eine Erforschung des Zustandes der freigelassenen Bauern durch eine Kommission im ganzen Reiche angeordnet, sowohl ihres geistlichen und moralischen wie des materiellen Zustandes ihrer Ackerwirtschaft und Wohnungen, zur Ermittlung, in welchem Zustand sich dieselben vor der Emanzipation befunden hatten und sie sich jetzt befinden.

Das Departement der indirekten Steuern des Finanzministeriums macht in den offiziellen Zeitungen bekannt, daß es in Zukunft nur solche Gesuche zur Verhandlung entgegen nehmen werde, welche in russischer Sprache abgefaßt worden sind, alle übrigen Gesuche aber, welche in fremden Sprachen abgefaßt sind, unberücksichtigt lassen werde, da das Departement keinen Uebersetzer habe. Diese Bekanntmachung wird auch von der „Liv. Gouv.-Ztg.“ veröffentlicht.

**St. Petersburg, 27. Juli.** Der Kaiser ist gestern Abend ins Ausland abgereist. — Der „Russische Invalide“ meldet, daß laut Privatnachrichten vom asiatischen Kriegsschauplatz mit dem bucharischen Emir ein Friede vereinbart worden sei.

**St. Petersburg, 27. Juli.** Die heutige „Senatszeitung“ veröffentlicht die neuen Tarifsätze für den russisch-europäischen Handel, welche 1869 in Wirksamkeit treten. Der bisherige fünfprozentige Tarifsatz ist beibehalten.

### Großbritannien.

**London, 27. Juli.** Der „Herald“ glaubt, ungeachtet einzelner Dementis, daß die Nachricht über Allianzverhandlungen zwischen Frankreich, Belgien und Holland wahr sei, erachtet aber die Einwilligung der letzteren Staaten für unwahrscheinlich, da diese Allianz einen fast vollständigen Verzicht auf die Selbständigkeit und Souveränität in sich schließen würde. Großbritannien werde eventualiter gegen das Projekt opponiren. — Lord Crumvorh, Lordkanzler, starb gestern.

### Amerika.

\* **St. Nazaire, 27. Juli.** Das gestern eingetroffene Paketboot „Louisiana“ bringt die Nachricht einer in Venezuela ausgebrochenen Revolution. Präsident Falcon ist nach Guayra abgereist. General Monagas hat sich am 25. Juni der Stadt Caracas bemächtigt. General Brugal befand sich im Besitz von Puerto Cabello, wo er sich noch bei Abgang des Schiffes behauptete. — In Lima war das gelbe Fieber im Abnehmen. Im Allgemeinen war der Gesundheitszustand in den Antillen gut.

### Baden.

Karlsruhe, 28. Juli. Et. Königl. Hoheit der Großerzogin haben sich unterm 7. d. M. gnädigst bewogen gefunden, den von der evangelischen Gemeinde Unterwiesheim aus den drei ihr bezeichneten Gemeinden gewählten und präsentirten Pfarrer Johann Wilhelm Menton in Friedbrichshaus zum Pfarrer in Unterwiesheim, und den von der evangelischen Gemeinde Gallenweiler aus den drei ihr bezeichneten Gemeinden gewählten und präsentirten Pfarrer Julius Wabbenborn in Feldberg zum Pfarrer in Gallenweiler zu ernennen; ferner den Pfarrer Friedrich Haas in Bollbach auf sein unterthänigstes Ansuchen in den Ruhestand zu versetzen.

Karlsruhe, 28. Juli. Laut Allerhöchsten Befehls vom 15. d. M. (mitgetheilt in dem „Verordn.-Bl.“ des Großh. Kriegsministeriums)

haben die zweite 6pfd. und die dritte 4pfd. Batterie des Feld-Artillerieregiments, unter Kommando eines Staboffiziers, die Garnison Durlach zu beziehen.

Karlsruhe, 28. Juli. Durch Ausschreiben des Großh. Oberschulraths vom 3. d. M. werden diejenigen Aspirantinnen für das Lehramt, welche sich der nächsten, im Spätjahr d. J. dahier stattfindenden Prüfung der Lehrerinnen unterziehen wollen, aufgefordert, ihre Anmeldungen unter Vorlage ihrer Zeugnisse und unter Angabe der Fächer, in welchen sie geprüft zu werden wünschen, längstens bis Ende August d. J. einzureichen. Der Tag des Beginns der Prüfung wird später bekannt gemacht werden.

Karlsruhe, 28. Juli. Nach einer Bekanntmachung der Direktion der Großh. Berkehrsanstalten vom 9. d. wird mit dem 1. Aug. d. J. in dem Ort Reudena u. Amst. Mosbach, eine Brief- und Fahrpost-Expedition, welche dem Postamt Heidelberg zugehört, in's Leben treten.

Karlsruhe, 27. Juli. (Konst. Ztg.) Der deutsch-wätländische Verein hielt gestern in Randegg eine öffentliche Versammlung ab, die vierte seit diesem Frühling. Die Witterung begünstigte den Verein sichtlich, es war ein wunderhübscher Tag. Der Festplatz befand sich im Freien auf einer kleinen schattigen Anhöhe, welche eine reizende Rundsicht darbot. Schon vor der festgesetzten Zeit waren die errichteten Bänke von Theilnehmern besetzt, ein gutes Zeichen, da gerade jetzt die Ernte stattfindet, die gewiß Viele abhielt. Hr. Abg. Müller eröffnete die Verhandlung durch Hinweis auf den Zweck des Vereins. Hierauf ertheilte er dem Hrn. Ammon in Konfanz das Wort, der über den ersten Gegenstand der Tagesordnung, über Vorkehrungen, sprach. Der zweite Gegenstand betraf „Sabbund und Nationalliberalismus“, eingeleitet von Hrn. Oberamtmann Eschborn. An diesen knüpfte sich eine Diskussion, an welcher Hr. Abg. Müller, Hr. Notar Müller von Singen und Hr. Ammon Theil nahmen. Schließlich dankte Hr. Lehrer Winter von Randegg im Namen der dortigen Genußgenossen für den Besuch des Vereins und forderte die Anwesenden zu einem Hoch auf Dr. Bül auf, welches begeisterte Zustimmung fand. Die Pausen zwischen den Vorträgen wurden durch den Gesangverein in Randegg ausgefüllt. Die Verhandlungen über beide Gegenstände der Tagesordnung (ein dritter, „bürgerliche Standesbeamtung“, hatte wegen Verhinderung des Referenten ausfallen müssen) fielen sichtlich auf guten Boden; überhaupt erweist sich die Grundidee des Vereins als sehr vortheilhaft und zeitgemäß.

### Vermischte Nachrichten.

— Mannheim, 28. Juli. (Mannh. Bl.) Gestern Abend hatten wir ein heftiges Gewitter, wobei der Blitz in das Seitengebäude des Hauses G 7, 9 einschlug, dasselbe glücklich Weise aber nur unbedeutend beschädigt hat.

— Wien, 25. Juli. (Wien. Bl.) Aus Bad Gastein ist heute an den Präsidenten des Schützenfestes, Dr. Kopp, nachstehendes Telegramm gelangt: „Am Vorabend der Eröffnung des deutschen Schützenfestes drängt es mich, dem geehrten Vorstand mein innigstes Bedauern darüber zu wiederholen, daß ich derselben beizuwohnen verhindert bin. Zugleich bitte ich zu vermitteln, daß das Bild der Germania, welches Ihnen noch heute zugesandt wird, als meine Festgabe freundlich angenommen werde.“ — Reichsanwalt Beuf.

Am Landungsplatz der Dampfschiffe war auch heute eine zahllose Menge versammelt, die die nach Schützen aus Bayern, Baden, Württemberg und Belgien begrüßte. Als dieselben endlich nach 5 Uhr landeten, wurden die Gäste, ungefähr 600, mit Musikbänden und tausendstimmigem Hochrufen empfangen. Gemeinderath Hügel hielt hierauf eine kurze Ansprache. Hr. v. Cornberg, Oberbürgermeister aus Karlsruhe, erwiderte. Die Aufmerksamkeit des Publikums wurde besonders von den Belgiern in Anspruch genommen, die militärisch organisiert und uniformirt waren, und mit 1 Offizier, 2 Unteroffizieren und 9 Mann ein kleines Korps bildeten, deren eigenthümliche schmutze Uniform den Reiz des festlich mannichfaltigen Treibens nicht wenig erhöhte.

Es ist gelungen, einen Mann zu entdecken und an die Spitze des Festzuges zu stellen, dessen Bart nicht weniger als vier Schuh und zwei Zoll mißt. Für gewöhnlich trägt der Besitzer dieses Schmuckes denselben in Röhren gesteckt unter den Kleidern, morgen wird er ihn zu Ehren des Festes frei flattern lassen.

— Wien, 27. Juli, Abends. Beim heutigen Schützenfest-Banket brachte der Professor Ludwig Ehardt einen Toast auf das hohe deutsche Vaterland, und Kaiser aus Zug unter stürmischen Beifall einen auf Oesterreich und seinen Reichsrath aus, dem es gelungen, die Konföderation abzustreifen und konfessionelle Gesetze aufzustellen. Löffelmann aus Offenbach forderte die Presse auf, dem Gedanken einer allgemeinen deutsch-europäischen Völkerverbrüderung Eingang zu verschaffen und brachte ein Hoch auf Deutschlands Zukunft. Der ungarische Reichstags-Deputirte Bessy sprach über die Verdienste der Deutschen um die Zivilisation aller Völker und brachte ein Hoch aus auf die Verbrüderung und Gleichberechtigung aller Nationalitäten. Während des Bankets waren zahlreiche telegraphische Glückwünsche eingelaufen. — Mittwoch wird der Kaiser den Festplatz besuchen.

— Ein neues transatlantisches Kabel. Das transatlantische Kabel, zu dessen Legung die durch den Baron Erlanger und Hrn. Reuter vertretene Gesellschaft konfessionirt ist, wird von Brest aus nach der französischen Insel St.-Pierre-Miquelon und von da nach der Küste von Neubraunschweig, durch die nordamerikanischen Staaten Maine, New-Hampshire, Massachusetts und Connecticut nach New-York gehen. Es hat zwischen Brest und St.-Pierre-Miquelon eine Länge von 2688 und zwischen St.-Pierre-Miquelon und New-York eine Länge von 960 englischen Seemeilen. Laut den Bestimmungen des Vertrags muß am 1. Sept. 1869 das Kabel vollständig verlegt sein. Es wird also die Arbeit des Einlassens in den Monaten Juli und August 1869, in der besten Jahreszeit, vor sich gehen.

### Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

27. Juli.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	27 9.63	+ 18.0	N.D.	schw. bew.	heiter, mild
Mittags 2 „	„ 8.80	+ 25.5	W.B.	„	„
Nachts 9 „	„ 8.80	+ 17.0	„	„	„

Verantwortlicher Redakteur:  
Dr. J. Herm. Kroenlein.

